

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 26 (1969)

Heft: 3

Rubrik: Chronik der Nordwestschweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Basel-Stadt

Gesetzgebung:

In der Berichtsepoke wurden vom Grossen Rat das *Gesetz betreffend den Vollzug des Bundesgesetzes über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz vom 4. Oktober 1963 am 4. April 1968 und das Gesetz über die Ermittlung von Grundstückswerten am 20. Juni 1968 verabschiedet.*

Gemäss dem erstgenannten Gesetz trägt die Hauptlast der baulichen Zivilschutzmassnahmen das dem Baudepartement beigegebene, aus der Zentralen Arbeitsbeschaffungsstelle hervorgegangene Zivilschutzbauamt. Es prüft die Beitragsgesuche an private Schutzräume und setzt die Beiträge fest. Im Jahre 1967 betrug die Gesamtsumme der zugesicherten Subventionen 4 093 692 Fr., wovon 3 027 120 Fr. zu Lasten des Kantons und 1 066 572 Fr. zu Lasten des Bundes. Das Zivilschutzbauamt begutachtet ferner alle Projekte für die öffentlichen Schutzausbauten der Zivilschutzorganisation zuhanden der Kommission für öffentliche Schutzbauten und arbeitet die erforderlichen Anträge an die für die Kreditbewilligung zuständigen Oberbehörden — Regierungsrat und Grosser Rat — aus. Ihm obliegt ferner die Kontrolle der erstellten Anlagen.

Das zweite Gesetz gehört in den Rahmen des kantonalen Bodenrechtes. Es sieht eine sorgfältige Sammlung und Bereinigung der Bodenpreise durch das kantonale Vermessungamt vor und gewährt jedem, der ein Interesse geltend machen kann, das Recht, Auskunft über die Bodenpreise zu verlangen. Unter der Bereinigung versteht das Gesetz z. B. die Ausscheidung der Gebäudekosten, aus einem für eine überbaute Liegenschaft bezahlten Gesamtpreis. Die Sammlung soll erlauben, die Entwicklung der Bodenpreise genau zu verfolgen und eine möglichst klare Uebersicht über den Bodenmarkt herbeizuführen. Das Gesetz institutionalisiert ferner das Bodenbewertungsverfahren, indem es eine kantonale Bewertungskommission vorsieht. Diese — sie ist aus der Bewertung der Grünflächen hervorgegangen — steht jedem Eigentümer zur Verfügung, der den Verkehrswert seiner Liegenschaft ermitteln lassen will. Sie hat ferner auf Verlangen von Behörden des Bundes oder des Kantons Liegenschaftsbewertungen vorzunehmen, so z. B. in allen Fällen, in denen eine Liegenschaft nach eidgenössischem oder kantonalem Recht enteignet werden kann. Gegenwärtig ist die Kommission stark in Anspruch genommen mit der Ermittlung des Verkehrswertes von Liegenschaften, welche für den Bau der Na-

tionalstrassen benötigt werden. Um die Bewertungen vornehmen zu können, ist die Kommission befugt, die Liegenschaften zu besichtigen und die Ausküfte und Unterlagen zu verlangen, die für die Bewertung wesentlich sind. Die in der letzjährigen Chronik erwähnten Gesetzesentwürfe über *Bodenordnungsmassnahmen* und über die *Schaffung von Parkflächen auf privatem Grund* werden gegenwärtig von Grossratskommissionen beraten. Dies trifft auch für einen weiteren Gesetzesentwurf über die *Förderung des Wohnungsbaus* zu, ein Entwurf, der einerseits die notwendigen Ausführungsvorschriften zum eidgenössischen Wohnungsbaugesetz bringt, anderseits die bestehenden rein kantonalen Massnahmen neu regelt und erweitert. Es handelt sich bei diesen um laufende kantonale Kapitalzinszuschüsse und um eine kantonale Finanzierungshilfe, indem der Kanton Darlehen zu günstigen Bedingungen gewähren kann. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Hilfe des Kantons auch an Wohnbauten außerhalb des Kantonsgebietes zugesichert werden kann. Er verlangt ferner, dass die Abgabe staatlichen Landes im Baurecht in den Dienst des sozialen Wohnungsbaues gestellt werden soll.

Prozesse in Bausachen

Das Verwaltungsgericht hatte sich in der Berichtsepoke u. a. mit einer Rekursache zu befassen, bei der es um die Erweiterung einer bestehenden Tankstelle am Luzernerring ging. Das Gericht gelangte zur Ablehnung des Rekurses. Aus der Begründung geht hervor, dass im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften die Verwaltung mit Recht Tankstellen nach den Normen der Vereinigung Schweizerischer Straßenfachmänner beurteilen darf. Die Berücksichtigung dieser Normen dient der Konstanz der Praxis.

In einem weiteren Entscheid hatte sich das Verwaltungsgericht mit einem Rekurs auseinanderzusetzen, der gegen den Entscheid des Regierungsrates über eine Einsprache gegen das Ausführungsprojekt der Autobahn N 2 eingereicht wurde. Entsprechend der Stellungnahme des Regierungsrates trat das Gericht auf den Rekurs nicht ein, da Verfügungen, welche in Vollziehung bündesrechtlicher Vorschriften getroffen werden, der Beurteilung durch das Verwaltungsgericht entzogen sind. Der angefochtene Einspracheentscheid erging ausschliesslich in Anwendung von Bundesrecht, nämlich der Nationalstrassengesetzgebung. Zutreffend stellte das Gericht fest, dass die Zuständigkeit des Gerichts auch insofern problematisch wäre, als die eidgenössische

Genehmigungsbehörde sich wegen ihrer umfassenden Nachprüfungsbefugnis ohne weiteres über seinen Entscheid hinwegsetzen könnte. Die verspätet vorgebrachte weitere Behauptung des Rekurrenten, § 11 Absatz 3 der kantonalen Vollzugsverordnung vom 28. Februar 1961, wonach der Regierungsrat über Einsprachen auf Antrag der Baupolizeikommission entscheidet, verstoße gegen die Kantonsverfassung, wurde zurückgewiesen. Das Gericht stellte fest, dass die Einschaltung der Baupolizeikommission in besonderem Masse den Anspruch des Bürgers auf rechtliches Gehör gewährleistet.

Mit einer Streitsache über eine Fischvergiftung in der Wiese hatte sich das Bundesgericht in einem direkten Zivilprozess zu befassen. Durch einen Regenauslass der Lörracher Dole, durch welche auf Grund eines Staatsvertrages die Abwässer der Stadt Lörrach durch den Kanton Basel-Stadt in den Rhein abgeleitet werden, gelangte Zyankali in die Wiese und verursachte auf eine weite Strecke des Flusses ein totales Fischsterben. Zu einem Urteil des Bundesgerichts kam es nicht, da sich die Stadt Lörrach bereit erklärte, den vergleichsweise auf 19 000 Fr. festgelegten Schaden zu decken.

Grössere Bauarbeiten des Kantons

Die Bauarbeiten zur Einführung der sechspurigen N 2 in die Stadt Basel sind in vollem Gange. In einer ersten Etappe wird die Autobahn in St. Jakob an die Brüglingerstrasse und die St. Jakobsstrasse angeschlossen. Man rechnet damit, dass Ende 1969 das Teilstück Basel—Augst dem Betrieb übergeben werden kann.

In engstem Zusammenhang mit dieser Autobahneinführung stehen die Arbeiten für die Korrektion der St. Jakobsstrasse, die ebenfalls rasch voranschreiten. Für die Weiterführung der N 2 nach Deutschland wurde bereits das Brückenbauwerk über den Rhein zur Projektierung ausgeschrieben. Es ist zu begrüssen, dass der Bundesrat am 30. September 1968 das generelle Projekt für die Straßenführung bis zur Landesgrenze genehmigte.

Erfreulicherweise rückt auch der Bau einer Grosskläranlage für die Abwasser der linksrheinischen Region Basel—St-Louis—Huningue näher. In Paris wurde am 23. September 1968 der Staatsvertrag zwischen der Eidgenossenschaft, die im Namen des Kantons Basel-Stadt handelte, und Frankreich über den Bau dieser Anlage in der Gemeinde St-Louis unterzeichnet. Der Staatsvertrag muss vom Grossen Rat genehmigt werden. Dieser muss auch den Kredit von über 100 Mio Franken bewilligen.

An wichtigen Hochbauten befinden sich ausser dem neuen Stadttheater und der Mehrzwecksporthalle in St. Jakob na-mentlich das neue Bio-Zentrum der Universität im Stadium der Ausführungsprojektierung. Mit dem Bio-Zentrum wird eine Institution der Universität für die Biochemie geschaffen. Sie dient der Hochschullehre und For-schung und stellt auch ein erwünschtes Bindeglied zur chemischen Industrie

dar. Die Kosten belaufen sich auf rund 37 500 000 Fr. Die chemische Industrie leistet an diese hohe Summe einen Bei-trag von 5 000 000 Fr.

Planung

Ueber den Gesamtplan der Stadt Basel wurde in der Berichtsepoke die Oef-fentlichkeit durch eine Wanderausstel-lung mit Filmvorführung orientiert. An

19 Standorten der Stadt wurde vom 15. November bis 20. Dezember 1967 der Ausstellungs- und Filmwagen mit den dazugehörenden Modellen aufgestellt. Der Film und die Ausstellung wurden von rund 22 500 Personen besucht. Im September 1968 wurde außerdem in alle Haushaltungen eine Broschüre ver-teilt, die klar und übersichtlich über die wichtigsten Grundzüge, von denen sich der Gesamtplan leiten lässt, orientiert.

REGIONALPLANUNGSGRUPPE NORDWESTSCHWEIZ

Jahresbericht 1967/68

Immer mehr beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, dass die Aufgaben einer sinnvollen Raumordnung sich mit der herkömmlichen Methode langfristi-ger Planung, die vor allem darin be-steht, die Zukunft anhand vom Vergan-genen und heute Bestehenden zu ex-trapolieren, nicht lösen lassen. Es ge-nügt nicht mehr, tabellarisch die mut-massliche Entwicklung der Bevölkerung aufzuzeichnen und punktuell auf den verschiedenen Planungssektoren (Be-siedlung, Verkehr, öffentliche Anlagen, Versorgung, Landschaft) die Massnah-men vorzusehen, die in einem bestim-mten Zeitpunkt getroffen werden sollten, um die nach heutigem Maßstab zu er-wartenden Auswirkungen der Bevölke-rungszunahme aufzufangen. Diese vor-wiegend perspektivische Methode kapi-tuliert im Grunde mehr oder weniger vor den Zufälligkeiten und einer gewis-sen Automatik der künftigen Entwick-lung und bietet zu wenig Gewähr dafür, dass sie zum grösseren Wohl der Men-schen verläuft. Notwendig ist vielmehr ein prospektives Vorgehen, das in einer ganzheitlichen Betrachtungsweise die verschiedenen Möglichkeiten der Ent-wicklung abwägt, sich für die den künftigen Bedürfnissen der Bevölkerung am besten gerecht werdende entscheidet und die Planung auf diese ausrichtet. Eine Methode also, die sich bestrebt, die in selektiver Analyse als wünschbar erkannte Entwicklungsvariante plane-risch zu beeinflussen und ihr nach Möglichkeit zum Durchbruch zu ver-helfen. Diesem Ziel dient die Erarbeitung von Leitbildern über grössere Region-en, wie sie neuerdings verschieden-orts in Angriff genommen worden ist, so beispielsweise auch im Kanton Aar-gau. Die entsprechenden Bestrebungen verdiensten Unterstützung und Förderung auch durch die Regionalplanungs-gruppe Nordwestschweiz.

Höhepunkt des abgelaufenen Ge-schäftsjahrs war eine *Studienreise nach England*. Weitere Veranstaltungen

fanden nicht statt. Ihre Organisation stösst denn auch mehr und mehr auf Schwierigkeiten, weil häufig wegen der notorischen Arbeitsüberlastung weder Referenten und Mitarbeiter noch genü-gend Teilnehmer gefunden werden können.

Rund 50 Mitglieder fanden sich am 24. November 1967 im Kursaal Baden zur ordentlichen *Generalversammlung* ein, welche die statutarischen Geschäfte in gewohnt speditiver Weise verabschie-dete. Der fachliche Teil des Anlasses war der Region Baden gewidmet, deren Planungsgruppe im Berichtsjahr auf eine 20jährige Wirksamkeit zurück-blicken konnte. Ihr abtretender Präsi-dent, Herr Direktor Aldo Buser, refe-rierte einleitend in umfassender Weise über die bisherigen Leistungen der Regionalplanungsgruppe Baden und Umgebung, die in einer Region von weit überdurchschnittlichem Wachstum auf manchen Gebieten Pionierarbeit verrichten musste. Als Vorsitzender der städtischen Planungskommission präsentierte hierauf Herr Stadtschrei-ber Dr. Victor Rickenbach in Wort und Bild die sehr interessanten Ergebnisse der innerstädtischen Planung und Neu-gestaltung der Stadt Baden. Den Ab-schluss der wohlgelungenen Veranstal-tung bildete eine grundlegende Be-trachtung des neuen Präsidenten der Regionalplanungsgruppe Baden und Umgebung, Herrn Gemeindeammann Dr. Beda Hauser, über das neue Arbeitsprogramm und das Leitbild der Region. Beim Aperitif überbrachte Herr Stadtamman Max Müller die Grüsse der Behörde des Tagungsortes.

Die Mutationen im *Mitgliederbestand* hielten sich im gewohnten Rahmen. Durch Tod, Wegzug und aus anderen Gründen gingen unserer Verein 15 Mitgieder verloren, während anderseits 18 Neueintritte zu verzeichnen sind. Damit stellt sich die Gesamtzahl der Vereinsangehörigen Ende August 1968 auf 730.

Der *Vorstand* wurde im Geschäftsjahr nur zu einer einzigen Sitzung eingela-

den, deren Haupttraktandum eine grundsätzliche Aussprache über die künftige Tätigkeit unserer Vereinigung bildet. Ueber das Ergebnis kann erst später rapportiert werden, da dieser Bericht bereits vorher abgeschlossen werden musste.

Von den *Fachkommissionen* war ledig-lich diejenige für Hochhäuser auch im vergangenen Jahr wieder aktiv, indem sie aus Auftrag in verschiedenen Ge-meinden der Region durch von Fall zu Fall bestellte Delegationen Begutach-tungen von Hochhausprojekten vor-nahm. Die in Angriff genommene Revi-sion der Richtlinien konnte im Be-richtsjahr noch nicht abgeschlossen werden.

Die Organisation der im letzten Jahres-bericht als Möglichkeit angetönten Stu-dienreise nach England, die vom 16. bis 22. Juni 1968 durchgeführt wurde, beanspruchte den engeren *Arbeitsaus-schuss* in stärkerem Masse als bei frü-heren Exkursionen. Zum Teil lag der Grund in gewissen Verständigungs-schwierigkeiten und einer etwas um-ständlichen Geschäftserledigung sei-tens der zuständigen Instanzen des englischen Wohnbauministeriums, des-sen Dienste für die Konzeption und Abwicklung des Programms in An-spruch genommen werden mussten. Dieses war auf zwei Schwerpunkte ausgerichtet: New Towns und Universi-tätswesen. Besichtigt wurden unter kundiger Führung drei der neugegrün-detnen Städte in der näheren Umgebung von London, nämlich Crawley, Welwyn Garden City und Stevenage, nachdem die Teilnehmer zuvor durch ein grund-legendes Referat im Ministry of Hous-ing and Local Government mit Vorge-schichte, Zielsetzung und etappenwei-ßer Realisierung dieser New Towns vertraut gemacht worden waren. Sodann war Gelegenheit geboten, in kommentierten Führungen einen in-struktiven Einblick in die Organisation, das Bildungsziel und die bauliche Ge-staltung je einer bedeutenden alten (Cambridge) und neuen (Sussex) Uni-